

Mehr Fairness gefordert

Zum Artikel „Soll die Politik das Thema Gewerbegebiete endgültig begraben?“ (EN vom 1. März)

Die provokante Überschrift des Artikels kann heute erst mal mit „Ja“ beantwortet werden, weil bei Gewerbegebieten in der Vergangenheit oft mehr Geld „vergraben“ als erwirtschaftet wurde. Und solange das Flächenmanagement der Stadtverwaltung und der Wille zur Transparenz im Stadtrat nicht besser werden, solange ist es ökonomischer, keine weiteren Flächen zu „entwickeln“.

Im Dezember 2013 meinte Dr. Janik noch, mit den damals sieben Hektar verfügbaren gewerblichen Freiflächen könne man schon noch eine Weile auskommen. Im Oktober 2017 waren die Freiflächen laut Rathausreport auf 8,1 Hektar angewachsen. Aber dennoch ließ der OB seinen Kämmerer fordern, dass man nun 60 Hektar zusätzliche Gewerbeflächen brauche. Für wen genau, das blieb offen. Nur so viel: man will kein „emissionsintensives, produzierendes Gewerbe oder klassisches Logistikgewerbe“ ansiedeln, sondern Handwerksbetriebe... Leider sieht die Realität anders aus: In den letzten vier Jahren wurden (trotz neuem Bebauungs-

plan aus 2014) auf den zirka 4,5 Hektar des alten Quelle-Gelände (Graf-Zeppelin-Straße) fast zu 80 Prozent Logistik-Unternehmen angesiedelt. Gleiches für DHL, das auf die letzten 3,5 Hektar des alten „KW Franken II“ baute. Ergo, wenig Arbeitsplätze, wenig Gewerbesteuer, viel Verkehrslärm. Die handelnden Personen im Rathaus machen auch heute nicht den Eindruck, als würden sie genau wissen, was sie wollen, oder als verfolgten sie einen Masterplan.

Ein Beispiel: Siemens hat der in Frauenaauracher Straße 85 sein Geschäft für Elektroautos verkauft und nun überlegt, diese zirka 5 Hektar große Fläche zu einem „Gewerbepark“ umzuwidmen. Das wäre eine große Chance für den Ausschuss des Stadtrates (UVPA) am 5.12.2017 gewesen, richtungsweisende Signale abzugeben. Man hätte z.B. diskutieren können, welche Branchen oder Gewerbe im Moment den größten Bedarf haben und wie viel davon auf dieser Fläche untergebracht werden können. Man hätte besprechen können, wie man über das sehr stumpfe Mittel eines Bebauungsplan F465 hinaus auf Siemens Einfluss nehmen könnte, die Notwendigkeiten im Sinne der Stadt zu verwirklichen. Aber nein, man ver-

lor sich in verwaltungstechnischen Formalien und eine GL Stadträtin wollte mit der Forderung, alle Flachdächer zu begrünen sowie eine Bienenwiese prüfen zu lassen, parteipolitische Zeichen setzen.

Ist das die Gestaltungshoheit, wie wir sie uns von unseren Stadtvätern wünschen? Auf dem Geisberg gibt es längst (landwirtschaftliche) Gewerbetreibende. Trotzdem denkt man in den „Leitlinien zur Gewerbeentwicklung“ vom Oktober 2017 über eine „ultima ratio“ (Enteignung) nach, falls sie nicht freiwillig verkaufen. Sind bäuerliche Betriebe weniger wert als (Parkplätze für) Schaeffler und DHL? Würde man sich trauen, dem Siemens mit Enteignung zu drohen, falls auf seinem Gewerbepark trotz Bebauungsplan wieder kaum Handwerker unterkommen?

Das Thema Gewerbegebiete muss nicht „begraben“ werden. Aber Fairness und eine saubere Kommunikation der Zahlen sind in Zukunft dringend notwendig. Dass dies heute noch im Argen liegt, beweist der Stadtrats-Beschluss vom 26.10.2017: „Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gewerbeflächenentwicklung zu erstellen“.

Klaus Birnbreier, Erlangen